

$$f(\text{ROI}) = 125 + 0,5 \cdot \text{Wissensmanagement}; \\ \text{Determinationskoeffizient} = 0,8$$

D.h., es besteht eine deutliche und interessante Kausalbeziehung zwischen den Anstrengungen des Wissensmanagements und dem ROI.

Als letzte Phase folgt die **Anwendung der Data-Mining-Ergebnisse**. An dieser Stelle erfolgt die Verknüpfung zum übergeordneten Steuerungssystem (vgl. Wilde 2001, 15 f.; Hippner/Wilde 2001, S. 21). Ob eine mathematisch exakte Formulierung der Kausalbeziehungen sinnvoll und vertretbar ist, muss im konkreten Kontext der Organisation, der Datenquellen und des eingesetzten Kennzahlensystems entschieden werden. Meist wird man die Funktionen nutzen, um Anregungen für neue Kennzahlen und Kausalbeziehungen zu erhalten und um die Validität eines bestehenden Kennzahlensystems zu überprüfen.

### Fazit

Durch die zunehmende Komplexität von Umwelt und Organisationen sowie die hohe Datenverfügbarkeit wird Data Mining immer bedeutsamer. Mit seiner Hilfe entsteht **neues Wissen**. Dem Reiz des automatisierten Vorgehens steht jedoch die **Gefahr** gegenüber, dass die Ergebnisse zu unkritisch angewandt werden, zumal wenn umfangreiche Software-Lösungen zum Einsatz kommen. Allerdings werden nur bereits vorhandene Daten

analysiert. Diese müssen stets durch einen kompetenten Anwender auf ihre Relevanz überprüft werden.

Dr. Olaf Resch, Düsseldorf

### Literaturempfehlungen:

- Bley Müller, J./Gehlert, G./Gülicher, H.: Statistik für Wirtschaftswissenschaftler. 12. Aufl., München 2000.
- Berry, M.J.A./Linoff, G.: Data Mining Techniques for Marketing, Sales and Customer Support. New York 1997.
- Hagedorn, J./Bissantz, N./Mertens, P.: Data Mining (Datenmustererkennung): Stand der Forschung und Entwicklung. In: Wirtschaftsinformatik, 39. Jg. (1997), Heft 6, S. 601 - 612.
- Holthuis, J.: Der Aufbau von Data Warehouse-Systeme. 2. Aufl., Wiesbaden 2001.
- Kaplan, R.S./Norton, D.P.: Balanced Scorecard – Strategien erfolgreich umsetzen. Stuttgart 1997.
- Küsters, U.: Data Mining Methoden: Einordnung und Überblick. In: Hippner, H./Küsters, U./Meyer, M./Wilde, K.D. (Hrsg.): Handbuch Data Mining im Marketing. Braunschweig/Wiesbaden 2001, S. 95 - 130.
- Küsters, U./Kalinowski, C.: Traditionelle Verfahren der multivariaten Statistik. In: Hippner, H./Küsters, U./Meyer, M./Wilde, K.D. (Hrsg.): Handbuch Data Mining im Marketing. Braunschweig/Wiesbaden 2001, S. 131 - 192.
- Wilde, K.D.: Data Warehouse, OLAP und Data Mining im Marketing – Moderne Informationstechnologien im Zusammenspiel. In: Hippner, H./Küsters, U./Meyer, M./Wilde, K.D. (Hrsg.): Handbuch Data Mining im Marketing. Braunschweig/Wiesbaden 2001, S. 1 - 21.

## BASISWISSEN VWL

### Das Geld und seine Entstehung

Nicht nur die Schrift, auch das Geld wurde erfunden, weil die bis dahin üblichen Tauschprozesse immer komplexer wurden. „Some time in the late 4th millennium BC, the complexity of trade and administration in the early cities of Mesopotamia reached a point at which it outstripped the power of memory of the governing elite. To record transactions in a dependable, permanent form became essential“ (Robinson 2001, S. 11). Während man mit der Schrift über Transaktionen „Buch führen“ konnte, half das Geld, die **Informations- und Transaktionskosten beim Tausch** zu senken. Auf diese Weise wurden nicht nur die Grenzen der Naturaltauschwirtschaft überwunden, sondern auch die Voraussetzungen für eine arbeitsteilige und spezialisierte und damit produktivere Volkswirtschaft geschaffen.

#### Geldfunktionen und Geldarten

Geld ist ein standardisiertes Gut, mit dem sich die Werte aller anderen Güter ausdrücken lassen. Aufgrund dieser **Rechenfunktion** lassen sich ökonomische Tatbestände vergleichen, die zeitlich eng beieinander liegen (Querschnittsanalyse) – etwa die Preise unterschiedlicher Waren oder unterschiedliche Einkommenserzielungsarten. Als Recheneinheit kann Geld auch bei Vergleichen im Zeitablauf (Längsschnittsanalyse) dienen, etwa bei der Frage, ob sich eine Investition lohnt.

Zum Geld gehört auch die **Zahlungsmittelfunktion**. Als Zahlungsmittel befreit es den Güterkreislauf von den Einschränkungen, die mit dem Naturaltausch einhergehen. Diese Tauschbeschränkung besteht darin, dass ein

Nachfrager nicht nur einen Lieferanten, sondern auch einen solchen finden muss, der gleichzeitig Bedarf an den angebotenen Gütern hat (doppelte Synchronisation der Wünsche). Als allgemein akzeptiertes Zahlungsmittel dient Geld zudem der isolierten Weitergabe von Kaufkraft bei Verteilungstransaktionen. Dazu gehören Primärverteilungstransaktionen wie etwa Lohn- oder Zinszahlungen und Umverteilungstransaktionen wie Steuerzahlungen oder Unterstützungszahlungen. Geld findet ferner bei Anlage- oder Kredittransaktionen Verwendung (Geld gegen Forderung). Die Möglichkeit, Geld zur Finanzierung zu nutzen, erlaubt die Schaffung großer Produktionsstätten, da sich nur so umfangreiche Investitionen durchführen lassen, ohne dass zuvor in gleichem Umfang Vermögen gebildet werden muss.

Schließlich hat Geld auch eine **Wertaufbewahrungsfunktion**, womit die Tauschakte Ware gegen Geld und Geld gegen Ware zeitlich getrennt werden können. Die Wertaufbewahrungsfunktion kann **direkt** ausgeübt werden, indem Zahlungsmittel gehalten werden. Wichtiger ist allerdings die **indirekte** Wertaufbewahrungsfunktion des Geldes als Denominationseinheit von Schuldbeziehungen (z.B. auf Euro lautende Staatsanleihen). Die Wirtschaftssubjekte müssen hier darauf vertrauen können, dass die Kaufkraft einer Geldeinheit im Wesentlichen erhalten bleibt.

Bereits beim Übergang von der Naturalwirtschaft zur Geldwirtschaft setzten sich bestimmte Medien durch, die sich besonders gut als Geld eignen. Sie mussten platzsparend und – aufgrund ihrer natürlichen Beschaf-

## **ANZEIGENSEITE**

(bleibt aus technischen Gründen leer)

fenheit – kostbar sowie transportabel und unverderblich sein, was insbesondere auf Edelmetalle wie Kupfer, Silber und Gold zutrifft. Während anfangs bei jedem Tauschprozess Gewicht und Reinheit des betreffenden Metalls überprüft wurden, wurde das Geldwesen im Laufe der Zeit zunehmend reguliert und standardisiert, was die Transaktionskosten erheblich verringerte. Bereits im 7. Jh. v. Chr. gab es eine Zentralstelle im lydischen Reich, die Münzen prägte (vgl. König 2002, S. 4 f.).

Bei den heutigen Geldarten wird zwischen Zentralbankgeld und Geschäftsbankengeld unterschieden. **Zentralbankgeld** besteht aus dem Bargeldbestand (Banknoten, Münzen) und den Guthaben (Einlagen, Depositen) der Geschäftsbanken bei der Zentralbank. Das gesamte Zentralbankgeld wird auch als Geldbasis oder „High Powered Money“ bezeichnet. Unter **Geschäftsbankengeld** versteht man die von Nichtbanken (z.B. Unternehmen, Verbraucher) bei den Geschäftsbanken gehaltenen Guthaben. Das Geschäftsbankengeld wird auch als Buch- oder Giralgeld bezeichnet. Aus Sicht der Geschäftsbanken ist es eine Verbindlichkeit gegenüber den Nichtbanken.

Im Rahmen geldpolitischer Fragestellungen sind verschiedene, mehr oder minder weite **Geldmengenabgrenzungen** gebräuchlich: M1, M2 und M3. M1 ergibt sich aus der Addition des Bargeldbestandes (ohne Kassenbestände der Geschäftsbanken) und der Sichteinlagen (täglich fällige Einlagen) von Nichtbanken bei Banken. Bei den weiter gefassten Geldmengenaggregaten M2 und M3 werden zusätzliche Einlagen (z.B. Termin- und Spareinlagen) einbezogen (vgl. Görgens et al. 2004a, S. 175 f.). Geschäftsbankengeld umfasst alle diese Einlagearten.

**Wie das Geschäftsbankengeld entsteht**

Geschäftsbankengeld entsteht, indem die Geschäftsbanken Forderungen gegenüber Nichtbanken erwerben und diese mit Einlagen (Verbindlichkeiten gegenüber Nichtbanken) „bezahlen“. Deutlich werden diese Zusammenhänge, wenn man die **konsolidierte Bilanz des Geschäftsbankensystems** (Kreditinstitute ohne Zentralbank) heranzieht. Im Bilanzzusammenhang ist die Depositen- oder Einlagenkomponente der Geldmenge – also das Geschäftsbankengeld – eine der bilanziellen Geschosspositionen zum Kreditvolumen.

Aktiva	Konsolidierte Bilanz der Geschäftsbanken	Passiva
Kassenbestand und Einlagen bei der Zentralbank	Kurzfristige Verbindlichkeiten gegenüber Nichtbanken (Geschäftsbankengeld)	Längerfristige Verbindlichkeiten gegenüber Nichtbanken (Geldkapital)
Forderungen (Kredite) an Nichtbanken - Wertpapiere - Buchforderungen		
	Verbindlichkeiten gegenüber der Zentralbank	Eigenkapital

Abb. 1: Geschäftsbankengeld in der konsolidierten Bilanz der Geschäftsbanken

Auf der Aktivseite der Bilanz stehen einmal der Kassenbestand und die Guthaben bei der Zentralbank und zum anderen die verbrieften (Wertpapiere) und unverbrieften (Buchforderungen) Forderungen („Kredite“) der Geschäftsbanken gegen die Nichtbanken. Auf der Passivseite werden die kurzfristigen Verbindlichkeiten (Geschäftsbankengeld) sowie die langfristigen Verbindlichkeiten (Geldkapital) gegenüber Nichtbanken ausgewiesen. Schließlich finden sich auf der Passivseite die Verbindlichkeiten gegenüber der Zentralbank sowie das Eigenkapital des Geschäftsbankensektors.

Die Nichtbanken können jederzeit ihren gewünschten Bestand an Geschäftsbankengeld realisieren, indem sie Umschichtungen zwischen kurzfristigen Einlagen (Geschäftsbankengeld) und längerfristigen fälligen Einlagen (Geldkapital) vornehmen.

**Die Geschäftsbanken sind an die Zentralbank angebunden**

Zunächst stellt es für eine Geschäftsbank kein Problem dar, einer Nichtbank einen Kredit zu gewähren. Die Geschäftsbank erhält hierbei eine Forderung gegen die Nichtbank und räumt dieser im Gegenzug ein Sichtguthaben ein. Die Geschäftsbank „bezahlt“ gewissermaßen die Forderung an die Nichtbank mit Verbindlichkeiten gegenüber der Nichtbank und zwar in Form von Sichteinlagen. Gleichzeitig wächst die Geldmenge in Höhe des Sichtguthabens.

Geschäftsbank	
Kreditforderungen	Sichteinlagen

Abb. 2: Geldmengenwachstum durch Kreditvergabe

Will die Nichtbank ihr Guthaben in bar abheben, benötigt die Bank Banknoten und Münzen. Allerdings hat nur die Zentralbank das Recht, Banknoten auszugeben, während das Recht zur Münzprägung bei der Zentralregierung liegt. Die Bank muss sich also **Zentralbankgeld beschaffen**.

Eine **erste Restriktion** der Geldschöpfungsfähigkeit der Geschäftsbanken liegt somit darin, dass die Nichtbanken einen bestimmten Prozentsatzes ihrer Guthaben als Bargeld halten wollen (**Bargeldquote**). Der Geschäftsbanken sind also darauf angewiesen, dass ihnen Zentralbankgeld zur Verfügung gestellt wird.

Eine **zweite Restriktion** ergibt dadurch, dass Geschäftsbanken verpflichtet sind, **Mindestreserven** in Höhe eines bestimmten Prozentsatzes ihrer Einlagen als Guthaben bei der Zentralbank zu halten. Was neben der Bargeldnachfrage zu einer weiteren Anbindung der Geschäftsbanken an die Zentralbank führt.

Welche Wirkungen die Mindestreserve hat, sei anhand eines einfachen Beispiels erläutert. Einer Nichtbank wird ein Kredit von 10.000 Euro eingeräumt. Die Geschäftsbank muss auf die Sichtguthaben der Nichtbank eine Mindestreserve halten, weshalb sie sich bei einem Mindestreservesatz von 2% Zentralbankgeld im Wert von 200 Euro beschaffen muss.

Damit führen sowohl Bargeldnachfrage als auch Mindestreserve zur **Zwangsnachfrage nach Zentralbankgeld**. Hinzu kommt, dass die Geschäftsbanken bei der Zentralbank Guthaben zur Abwicklung ihres Zahlungsverkehrs (Working Balances) halten.

Konsolidierter Ausweis des Eurosystems – vereinfachte Darstellung – zum 28.1.2005 (in Mrd. €)			
Aktiva		Passiva	
A.1: Währungsreserven	280,0	P.1: Banknotenumlauf	486,0
- Gold	125,6		
- Fremdwährungsforderungen	154,4		
A.2: Forderungen in € an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet	353,0	P.2: Verbindlichkeiten in € gegenüber Kreditinstituten im Euro-Währungsgebiet	139,7
darunter:		darunter:	
- Hauptrefinanzierungsgeschäfte	273,0	- Einlagen auf Girokonten (Bankenliquidität)	139,6
- Längerfr. Refinanzierungsgeschäfte	80,0		
A.3: Sonstiges	261,8	P.3: Sonstiges	269,1
Bilanzsumme	894,8		894,8

Abb. 3: Ausweis des Eurosystems (Quelle: EZB, Monatsbericht Februar 2005, S. 6, statistischer Teil)

Diese Nachfrage nach Zentralbankgeld hat zur Folge, dass die **Zentralbank auf den Geschäftsbankensektor einwirken kann**, da die Geschäftsbanken entsprechende Geschäfte mit ihr tätigen müssen. Auf diese Weise kann die Zentralbank den **Preis – also den Zins –**

## BEGRIFFE DIE MAN KENNEN MUSS

### Corporate Citizenship

**B**eim Corporate Citizenship (unternehmerisches Bürgerengagement, CC) investiert das Unternehmen in sein gesellschaftliches Umfeld. Corporate Citizenship ist also sozialverantwortliches unternehmerisches Handeln (Corporate Social Responsibility, CSR) gegenüber der Außenwelt.

Die **Globalisierung** führt zu durchgreifenden Veränderungen der sozioökonomischen Rahmenbedingungen:

- So bewirkt der **internationale Steuerwettbewerb**, dass die Allokation öffentlicher Güter an den traditionellen Standorten zunehmenden Finanzierungsproblemen ausgesetzt ist.
- Neue Standorte in den Entwicklungs- und Schwellenländern leiden unter erheblichen **Infrastrukturdefiziten**.

Während die Internationalisierung den Unternehmen einerseits den Zugang zu vorteilhaften Standorten und neuen Absatzmärkten ermöglicht, konfrontiert sie sie nicht nur mit **neuartigen Legitimationsproblemen**, sondern erfordert auch effektivere Investitionsstrategien, um die Standortqualitäten zu erhöhen.

Beides macht es notwendig, das **gesellschaftliche Engagement** der Unternehmen **professionell zu managen**. Professionelles Corporate Citizenship Management muss sowohl zur Wertschöpfung im Unternehmen **als auch** zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen im gesellschaftlichen Umfeld beitragen (**Win-Win-Situation**). Als Teil der CSR ist das Corporate Citizenship organisatorisch entweder im **Marketing**, im Bereich **Public Relations** oder als **eigene Abteilung beim Vorstand** angesiedelt.

**Aufgaben bzw. Performance-Kriterien** professionellen CC-Managements sind

- die Identifikation eines relevanten Problemfeldes am Standort oder in der Branche,
- die Orientierung des CC-Projekts an den strategischen Positionen und Zielen des Unternehmens,
- die Suche nach geeigneten Partnern außerhalb des Unternehmens (z.B. Non Government Organizations - NGOs - oder Bildungs-/Sozial-/Kultureinrichtungen), die zur Kooperation bereit sind und über relevantes Wissen verfügen,
- die Planung des Projekts (meist über einen Zeitraum von vier bis fünf Jahren) einschließlich seiner nachhaltigen Wirkungen,
- die kontinuierliche Erhöhung der Schnittstellen des CC-Projekts mit betrieblichen Abläufen, ins-

- besondere durch freiwillige Tätigkeiten der Mitarbeiter (Corporate Volunteering),
- die Integration der CC-Arbeit in die interne und externe Unternehmenskommunikation (einschließlich Corporate Branding) und
- die kontinuierliche Evaluation anhand individuell festgelegter Erfolgsindikatoren.

Internationale Konzerne verfügen dazu über **mehrstufige Management-Systeme**, welche die zentral und in Abstimmung mit der Konzernleitung festgelegten Engagementfelder, Prinzipien und Guidelines entsprechend der lokalen Schwerpunktsetzung und mit den dortigen Partnern umsetzen. Amerikanische und britische Unternehmen sind hier derzeit wegen der Orientierung des angelsächsischen Gesellschaftsmodells an der Bürgergesellschaft führend. Aber auch deshalb, weil die **internationalen Finanzmärkte**, die einen wichtigen Motor der globalen CSR-Praxis darstellen, dort größere Bedeutung haben. Da in Europa nach einem **neuen Gleichgewicht zwischen Staat, Wirtschaft und Bürgergesellschaft** gesucht wird, nimmt die Bedeutung der CSR auch hier zu.

Wird CC professionell betrieben, können die Unternehmen nicht nur in den Bereichen **Human Resources** (Recruiting, Personalentwicklung) und **Öffentlichkeitsarbeit** profitieren, sondern auch bei ihrer **Forschung und Entwicklung** und im **Vertrieb**. So werden beim **IBM-Projekt** „Reinventing Education“ gemeinsam mit Schülergruppen Softwaretools entwickelt, womit sich das Unternehmen Anwenderwissen ins Haus holt. Die Stiftung der Firma **Betapharm** gibt Nachsorgepatienten wichtige Hilfestellungen, indem diese Informationen vom Außendienst an die Ärzte weitergegeben werden, die gleichzeitig eine wichtige Zielgruppe des Unternehmens sind.

Aus gesamtwirtschaftlicher Sicht geht es beim CC um **neue Ordnungsstrukturen**. Die Unternehmen verbinden sich mit NGOs, was zu einer neuen Form **kollektiven Handelns** in der Bürgergesellschaft führt. Das gilt insbesondere dann, wenn staatliche Ordnungsstrukturen nicht (etwa bei grenzüberschreitenden Problemen wie Umweltschutz, Internet-Kriminalität) oder noch nicht (etwa in Entwicklungs- und Schwellenländern) greifen. In den Wohlfahrtsstaaten ist CC vor allem dort wichtig, wo zunächst räumlich begrenzte **innovative Lösungen** für ungelöste Probleme (z.B. Langzeitarbeitslosigkeit, Bildung, Integration von Kindern und Jugendlichen) gesucht werden. Hier kann die Innovationskraft der Corporate Citizens zu einer wesentlich **effektiveren Sozial-, Bildungs-, Umwelt- und Kulturpolitik** führen.

Prof Dr. André Habisch, Eichstätt

#### Literaturempfehlungen:

- Habisch, A.: Corporate Citizenship. Gesellschaftliches Engagement von Unternehmen in Deutschland, Heidelberg/Berlin 2003.
- Habisch A./Wegner, M./Schmidpeter, R.: Handbuch Corporate Citizenship Management. Heidelberg/Berlin 2005.

für Zentralbankgeld bestimmen, der Ausgangspunkt für den monetären Transmissionsprozess ist (vgl. Görgens et al. 2004a, S. 235 ff.).

Diese Zusammenhänge lassen sich anhand des Ausweises des Eurosystems, also der konsolidierten Bilanz der Europäischen Zentralbank und der zwölf zum Euro-Währungsraum gehörenden nationalen Zentralbanken, verdeutlichen (Abb. 3). Der Ausweis wird zu jedem Wo-

chenschluss (Freitag) erstellt und veröffentlicht. Er zeigt den Bedarf an Zentralbankgeld, und auf welche Weise es durch die Zentralbank zur Verfügung gestellt wurde.

Das Banknotenmonopol des Eurosystems (P.1) und die Pflicht, Einlagen (Guthaben) auf Girokonten beim Eurosystem zu halten (Mindestreservspflicht – P.2) führen zu einer Zwangsnachfrage nach Zentralbankgeld seitens der Kreditinstitute. Zentralbankgeld kann aber nur

geschaffen werden, wenn die Kreditinstitute Geschäfte mit der Zentralbank tätigen. Hier kommt die Aktivseite der Zentralbankbilanz ins Spiel.

Im Wesentlichen gibt es **drei Möglichkeiten zur Bereitstellung von Zentralbankgeld**:

- Entweder ist die Zentralbank bereit, Fremdwährungsforderungen bzw. Gold anzukaufen (A.1), oder
- die Kreditinstitute verschulden sich bei der Zentralbank (A.2) oder
- die Zentralbank kauft von den Kreditinstituten (staatliche) Wertpapiere (in A.3 enthalten).

Im Eurosystem erfolgt die Bereitstellung von Zentralbankgeld im Wesentlichen durch die Verschuldung der Kreditinstitute (Kreditaufnahme) bei der Zentralbank (A.2), also durch die „Refinanzierung“ der Kreditinstitute bei der Zentralbank. Während beim Federal Reserve System der USA der Ankauf von staatlichen Wertpapieren vorherrscht. Weder das Eurosystem noch das Federal Reserve System kaufen Fremdwährungsforderungen bzw. Gold an, um Zentralbankgeld zu schaffen. Die großen Währungsreserven innerhalb des Eurosystems sind historisch bedingt und stammen größtenteils aus der Zeit des Bretton-Woods-Abkommen, als die Zentralbanken zu Interventionen zugunsten des US-Dollar verpflichtet waren.

**Endogenität der Geldmenge und Geldpolitik**

Das macht deutlich, dass das (nominale) **Geldangebot** (die Geldmenge M) nicht von der Zentralbank vorgegeben wird. Stattdessen ergibt es sich aus dem Zusammenspiel zwischen Geschäfts- und Nichtbanken. Es ist also **durch die Geldnachfrage determiniert**. Das bedeutet gleichzeitig, dass vom Geldangebot keine eigenständigen inflationären Impulse ausgehen, da es nur Re-

flex der gewünschten Geldhaltung ist (vgl. Görgens et al. 2004b). Was jedoch nicht heißt, dass die geldpolitischen Instanzen keine **Verantwortung für inflationäre Prozesse** hätten. Denn über die Festlegung der Konditionen, zu denen sich die Geschäftsbanken bei der Zentralbank refinanzieren, können sie Einfluss auf die Ausgabeentscheidungen der Nichtbanken und damit auch auf die Höhe der Geldnachfrage der Nichtbanken nehmen.

Drohen beispielsweise die Ausgabeentscheidungen der privaten Wirtschaftssubjekte und die hierzu erforderliche Geldmenge das Wachstum des realen Produktionspotenzials zu überschreiten, kann die Zentralbank dem sich abzeichnenden inflationären Druck durch Anhebung der Notenbankzinsen entgegenwirken. Auf der anderen Seite kann die Zentralbank einen monetären Nachfragesog erzeugen, indem sie einen bewusst expansiven geldpolitischen Kurs fährt, d.h., die Notenbankzinsen senkt, und so die Ausgabeentscheidungen der Nichtbanken und damit die Nachfrage nach Investitions- und Konsumentenkrediten anregt.

Prof. Dr. Egon Görgens, Bayreuth/  
Prof. Dr. Karlheinz Ruckriegel, Nürnberg

**Literaturempfehlungen:**

Davies, G.: A History of Money. Cardiff 2002.  
 Görgens, E./Ruckriegel, K./Seitz, F.: Europäische Geldpolitik. 4. Aufl., Stuttgart 2004a.  
 Görgens, E./Ruckriegel, K./Seitz, F.: Zur Problematik der LM-Kurve. In: WiSt, 33. Jg. (2004b), S. 740 - 741.  
 König, R.: Gold in der Währungsgeschichte: Lehren aus der Vergangenheit. Vortrag im Rahmen der Museumsabende der Deutschen Bundesbank am 10. April 2002, unveröffentlichtes Manuskript.  
 Robinson, A.: The Story of Writing. London 2001.  
 White, L.H.: The Theory of Monetary Institutions. Malden/Oxford 1999.

**AKTUELLE EXAMENSTIPPS**

**Die Themen im Frühjahr 2005**

**Wirtschaftspolitische Ereignisse und Diskussionen liefern häufig den Prüfungsstoff in mündlichen und schriftlichen Examen. Wer demnächst in eine Prüfung geht, sollte sich mit den hier besprochenen Themen vertraut machen. Die angegebene Literatur bietet Gelegenheit, tiefer in die einzelnen Themenbereiche einzudringen.**

**1. Thema: Staatsfunktionen**

**Erläutern Sie die zentralen Aufgaben des Staates in einer Marktwirtschaft aus ökonomischer Sicht.**

Jede ökonomische Analyse der Aufgaben des Staates hat die Frage zu beantworten, weshalb die Produktion und Verteilung aller Güter nicht einfach dem freien Markt überlassen werden kann. Denn **funktionsfähige** Märkte mit frei entscheidenden Anbietern und Nachfragern führen grundsätzlich zu einer Verteilung von Ressourcen, welche die gesamtgesellschaftliche Wohlfahrt maximiert. Damit ist der Produktionsumfang in funktionierenden Märkten am höchsten, wenn sie nicht durch staatliche Interventionen behindert werden.

**Staatseingriffe** sind dennoch **notwendig**,

- weil Voraussetzungen erfüllt sein müssen, ohne die eine leistungsfähige moderne Marktwirtschaft nicht existieren kann,
- weil einzelne Märkte ohne staatliche Eingriffe nicht oder nur eingeschränkt funktionsfähig sind,
- weil gesamtwirtschaftliche Instabilitäten auftreten können, die zu einer Fehllenkung von Ressourcen führen können, und
- weil der Prozess auf funktionierenden Märkten Einkommen nicht nach Bedürftigkeit zuteilt, sondern nach Leistungskriterien.

**Die Grundvoraussetzungen für marktwirtschaftliche Prozesse schaffen:** Indem der Staat Eigentumsrechte und Verträge schützt, schafft er die Grundlage für den Marktaustausch und damit die Voraussetzungen für die